

Berliner Tageblatt

Wir unterstützen einseitig die Republik
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Krisis in Dänemark.

Die erste Sitzung des neuen Ministeriums. Das Protestvorgehen der dänischen Sozialdemokratie. Zwei Aufrufe an das dänische Volk.

Kopenhagen, 31. März. (W. L. B.)
Gestern Abend hielt das neue Ministerium beim König die erste Sitzung ab und unterschrieb das Finanzgesetz und andere vom Reichstag angenommene Gesetzesvorlagen. Heute Vormittag wird das Ministerium weiter beraten.

Der Hauptvorkand der dänischen Sozialdemokratie hat gestern Abend nach einem Bericht des bisherigen Arbeitsministers Stellung über die Lage der Ausschließung des Abgeordneten Marott, der in der nordschleswigschen Frage sich den Chauvinisten angeschlossen hatte, beschlossen und in einer Entschließung erklärt, er stimme der Haltung der Parteiführung anlässlich des Staatsstreiches und dem Aufruf der Reichstagsfraktion zu und verspreche Unterstützung der vom Parteivorstand zu lassenden Beschlüsse. Der Parteivorstand fordere die Parteigenossen und organisierten Arbeiter auf, mit allen Kräften die Beschlüsse zu unterstützen, die die Generalversammlung der Gewerkschaften am 31. März Vormittags fassen würde.

Kopenhagen, 31. März. (W. L. B.)
Die sozialdemokratische Partei hielt gestern Abend eine große Protestversammlung gegen das Vorgehen des Königs ab, an der gegen 50000 Menschen teilnahmen. Manzig sozialdemokratische Redner sprachen zu der Menge und protestierten gegen das Vorgehen des Königs, das als ein Bruch der Verfassung bezeichnet wurde. Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Volksversammlung protestiert auf das schärfste gegen den Staatsstreich des Königs und verpflichtet der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften die vollste Unterstützung bei der Aufgabe, die Wiederherstellung der Verfassung und die Durchführung der Demokratie zu sichern. Die Verammlung löste sich in vollster Hitze auf. Die sozialdemokratische Partei veröffentlichte ferner einen Aufruf, in dem es heißt: „In naher Zukunft können wir Wahlen erhalten. Wir fordern, daß die arbeitende und demokratisch führende Wählerbevölkerung aus bis zum letzten Mann stimmt und die reaktionären Pläne zu vernichten sucht. Lösung bei den Wahlen ist Durchführung der Demokratie, Einführung der Verfassung, Einführung der Republik und des Einkommenssystems und Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf das 21. Lebensjahr. Es muß in der Verfassung eine Amtsfrist geschaffen werden, damit keine künftige Laune die ruhige parlamentarische Entwicklung stören kann.“

In dem gestern von der neuen Regierung erlassenen Aufruf an das Volk heißt es unter anderem, die Minister seien einig in der Ueberzeugung, daß der König mit vollem Recht daran geworfen hat, daß das Folleting in der gegenwärtigen Lage ein unzulässiger Ausdruck des Willens des Volkes sei; daher müßten sie als Geschäftsministerium durch Wahlen zum Folleting die Sicherheit schaffen, daß die Volksvertretung ein zuverlässiger Ausdruck des Volkswillens werde, und dann zurücktreten. Die konservative Volkspartei beschloß einstimmig

einen Aufruf an das dänische Volk zu richten, in dem es heißt: „Der König hat kraft seines verfassungsmäßigen Rechtes und in voller Ueberzeugung mit dem parlamentarischen Staatsgebrauch an sein Volk appelliert. Er hat die Minister entfernt, die sich zwischen ihm und das Volk stellen und die eigenmächtig die Krone daran hinderten, den Willen des Volkes zu erfüllen. Das Schicksal des Landes ist wieder in die Hand des Volkes gelegt. Die konservative Volkspartei richtet die eindringliche Aufforderung an alle besonnenen und patriotischen Bürger, sich zusammenzuschließen zum Schutz gegen die staatsgefährlichen und gefährlichen Bewegungen in unserem Lande, damit die bevorstehenden Folletingswahlen durchgeführt werden können. In parteipolitischen Interessen wird der Staat von demokratischer Seite mit einer Lähmung aller Lebensfunktionen bedroht. Wir weisen diese Gewaltshandlung zurück.“

Christiania, 31. März. (W. L. B.)
Zu der dänischen Krisis schreibt „Dagbladet“, der innere dänische Kampf gehe in Wirklichkeit um des ganzen Nordens Südgrenze. Gabe Norwegen die Rückkehr reinländischer Landesteile zu Dänemark freudig begrüßt, so müßte es in einem chauvinistischen Uebergriff gegen deutsche Landesteile, wie Flensburg, je es auch bloß in der Form der Internationalisierung, ein Unglück für Dänemark und den ganzen Norden erblicken, denn Chauvinismus stehe hinter dem Vorgehen des dänischen Königs. Mit ähnlicher Schärfe drückt sich der Leitartikel des Regierungsorgans „Intelligensbladet“ aus. Mit derselben Spitze, nur viel schärfer, arbeitet „Socialdemokraten“. Die ganze zweite Zone sei deutsch und müsse deutsch bleiben.

Die Stimmung in Kopenhagen.

Kopenhagen, 31. März. (Da.)
Den ganzen Abend über herrschte in den Straßen Kopenhagens, besonders am Schloßplatz, starkes Leben. Da für die Epätobenddemokraten angeündigt war, hatte die Polizei den Schloßplatz und die Straßenverbindungen der Brædgate, St. Annae Plads und Fredericsgade abgesperrt. Das Gedränge an der Absperzungzone, besonders an St. Annae Plads, sah zeitweilig sehr bedrohlich aus. Verschiedene Cafés wurden deshalb geschlossen. Die Stimmung der Bevölkerung war durchaus nicht königsfeindlich, selbst in den vornehmen Gegenden nicht, in denen manches Geschloß mit der Krone und dem Zirkel „Kgl. Hof“ prangt. Am Kongens Nytorv bildeten sich gegen 10 Uhr Abends Demonstrationen, die die Internationale fangen und aus denen immer und immer wieder der Ruf „Revolution“ erklang. Auf dem Platz vor der Marmorbrücke wurden von der Volksmenge fort und fort in ganz gleichmäßigem Takt die Rufe: „Nieder mit dem König!“ und „Es lebe Japhel!“ laut. Am Epätabend, als die Deputationen der Sozialdemokratie unter Minister Stauning erfolglos vom König zurückkehrte, kam es zu Tumulten und zu Schlägereien mit den Polizisten. Vor dem Schloßplatz, um für alle Fälle gewappnet zu sein, die Wache in und das Gewehr. Auch in der Brædgate ging es heiß her. Privatautomobile wurden dort angehalten und die Fahrgäste befristigt, mit dem Bemerkten, die Revolution sei auf dem Marsch und die Reichen hätten aufzugeben. Taximeterautomobile ließ man ruhig fahren. Heute Morgen wurde die Wachparade auf dem Amalienborg Schloßplatz mit dem Rufe „Nieder mit der Gabel!“ empfangen. Als die Fahnen eingebracht wurden, erkam wieder das „Nieder mit dem König!“ und lautes Weisen. Die Entscheidung über den Generalstreik war bis 10 Uhr Vormittags noch nicht gefallen.

Das bayerische Uebergangskabinet

Die neue politische Konstellation. Von unserem Korrespondenten Leonhard Adelt.

Bayern, vor einem Jahr unter Kätheffer, ist durch eine merkwürdige Wendung des Geschicks heute einigermaßen in die Reaktion zurückgefallen. Man könnte mit einem Paradoxon behaupten, daß die „Regierung“ Kapp ihren einzigen nachwirkenden Erfolg in eben jenem Bayern erzielt hat, das von den durch sie hervorgerufenen blutigen Wirren am wenigsten berührt worden ist. Aber auch für Bayern selbst bedeutet die augenblickliche Konstellation keine Lösung, sondern eine verschärfende Umstellung jener schlechenden Krisis, an der das Land seit der Novemberrevolution krankt. So sehr es in der Rinde der natürlichen Entwicklung lag, daß die Sozialdemokratie die Erbschaft der zusammengebrochenen Regierungsgewalt mitübernahm, so ist doch ihre Beteiligung in Bayern — gegenüber dem industriellen und großstädtischen Norden — durch drei Momente erschwert. Einmal schließt der demokratische Gedanke notwendig die Vereinheitlichung der Reichsverwaltung auf Kosten gewisser einzelstaatlicher Selbständigkeiten in sich, und diese Vereinheitlichung stößt immer noch auf jenes alte Mißtrauen vor einer „Verpreuung“, dem zuckersüßes Eingehen auf die bayerische Art am wirksamsten begegnet. Weiter sind die religiösen Widerstände gegen eine politische Weltanschauung, die nicht ohne eigene Schuld in den falschen Verdacht der Religionslosigkeit geraten ist, im katholischen Süden stärker als im protestantischen Norden und haben sich durch Adolf Hoffmann und Einers Kulturprogramm sehr verschärft. Drittens glaubt sich das bayerische Oberland in seinen Interessen unberücksichtigt oder beeinträchtigt und sieht dem großstädtischen Proletariat Münchens und Nürnbergs ablehnend gegenüber.

Diese drei Momente verhindern es auch, daß die der atgewirtschafteten Kätheffatur folgende Regierung Hoffmann im Lande Wurzel fassen. Die Gründe für ihr taktisches Versagen liegen zum Teil in der Person des Ministerpräsidenten Hoffmann, den Jahre der Verfolgung und Anzügen — als sozialistischen Volksschullehrer unter kaiserlichem Regime — verbittert und mißtraulich gemacht haben, und der dieses Mißtrauen in seinen Beziehungen zu den bürgerlichen Koalitionsteilen nie ganz los geworden ist. Es ist eben ein anderes, Parteimann zu sein oder Staatsmann. Hoffmann tritt innerlich unter nichts so sehr wie unter dem Zwiespalt der sozialistischen Partei, der zu befehligen ihm wichtiger als alles andere war und erst recht noch ist. Es darf allerdings nicht verfehlt werden und ist durch die jüngsten Ereignisse bekräftigt worden, daß sein Mißtrauen gegen gewisse Mitläufer der Koalition nicht unberechtigt war, und daß in ihr unüberbrückbare Gegensätze lasten. Die bayerische Volkspartei (das Zentrum) stand durch Hoffmanns Schul- und Kirchenpolitik von vornherein in innerer Gegnerschaft zu ihm, und wenn sie sich auch unter dem Zwange der Verhältnisse den Bamberger Vereinbarungen angeschlossen, so zeigt sich jetzt doch, daß sie die erste Gelegenheit benutzt, um sich der lästigen Fesseln zu entledigen und das Hoffmannsche Simultanstudienprogramm ins Wasser zu bringen.

Unter diesen Verhältnissen konnte eine Gegenbewegung gegen die Regierung Hoffmann nicht ausbleiben und legte gleichzeitig aus drei verschiedenen Lagern ein. Wie das unter nahen Verwandten gewöhnlich ist, blieben die Unabhängigen im Verein mit den Kommunisten nach den blutigen Münchener Kampftagen die unversöhnlichsten Gegner der Regierungsozialisten. Daneben entwickelte sich unter Dr. Heims Führung eine probauarische Bewegung, die vornehmlich unter der christlichen und radikalen Bauernschaft starken Anhang fand und durch die Anschlussbewegung aus dem Alpen- und Rheinländern mittelbar gestützt wird. Außerdem begann hier wie allenthalben die deutsche nationale Reaktion zu kochen, indem sie fast des antipreussischen das antihoffmannsche Schlagwort auf ihre Fahne schrieb. Die Explosion in Berlin warf diesen Funken auch nach Bayern — aber nun geschah das Entscheidende: er zündete nicht, sondern brachte lediglich das Ministerium Hoffmann zu Fall und sprengte die Koalition. Woran lag das? Sicherlich nicht an der politischen Voraussetzung und patriotischen Bewusstseinsfähigkeit der losgelassenen Rechtsradikalen oder an der zuwachenen Faust der zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung eingeleiteten Behörden. Man mag die offenkundige Propaganda aus Reichswehr- und Studentenkreisen dabei außer acht lassen — aber wenn hohe Ministerialbeamte in jeder leitender Stellung hinter dem Rücken des ihnen vorgelegten sozialistischen Ministers mit General Moltke die Notwendigkeit der Machtübertragung an das Militärkommando besprechen, wenn Reichswehrsoldaten vor der Tür des Ministerpräsidentens das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Moltke und der Regierung „abwarten“, wenn die Polizeidirektion München in öffentlichen Aufhängen den jedermann fühlbaren Generalstreik als „verleumdendes Gerücht“ abtut und „irrtümlich“ noch nach Kapps Vertreibung deutschvölkische Flugblätter für den Soldaten Kapp mit ihrem Genehmigungsstempel verflucht, wenn der Staatskommissar sich nicht bemüht, die öffentliche Verteilung dieser Flugblätter zu unterbinden, wenn Oberst Epp vor der Unberührbarkeit seiner Sturmtruppen mit schwarzweissen Fahnen besitzern läßt, wenn die deutsche nationale Wiltelpartei und sogar der „Regensburger Anzeiger“ des Merkfahrführers Geld aus ihrer Sympathie für die Staatsfraktioner kein Hehl machen und der neue Ministerpräsident Kapp in seiner Antrittsrede zwar sehr scharf Wort gegen die zugezogenen „Stammesfremden“, aber nicht ein Wort gegen die Kapp-Lüttich findet, — so läßt sich nicht mehr bezweifeln, wie weit und wie hoch hinauf die Verzerrung der Gerechtigkeit um sich gegriffen hatte und wie weit

Die heutige Sitzung der Landesversammlung.

Bei der Fortsetzung der Besprechung über das Regierungsprogramm sprach heute nur noch der Abgeordnete Dr. Rosenfeld (Unabhängig). In der Kritik des Kapp-Vertrages brachte er seine neuen Gesichtspunkte mehr vor. Er teilte einige Fälle mit, aus denen hervorgeht, daß das Militär in den Vorworten auch gegenwärtig sich nach zahlreichem Uebergriffe erlaubt. So sei gestern der Abgeordnete Klotz und ein rechtssozialistischer Abgeordnete in Adershof von einem Offizier gefaßt worden, der äußert habe, er wolle die beiden sofort fesseln lassen. Unter anhaltender Bewegung des Hauses schilderte der Redner an Hand von Briefen die schamlose Grausamkeit, mit der die Truppen während der Aufschöpfung in Adershof die Erschießungen von Frauen und anderen Verhafteten vorgenommen haben. Der Redner polemisierte dann sehr scharf gegen die Rechtssozialisten, weil es ihnen nicht gelang sei, eine Arbeiterregierung herbeizuführen, trotzdem der Generalstreik klar gezeigt habe, wo die Mehrheit des Volkes stehe und dementsprechend auch die bürgerlichen Parteien die Pflicht gehabt hätten, sich einer sozialistischen Mehrheit zu fügen.

Nach der Rede des Abgeordneten Rosenfeld nahmen die Mehrheitsparteien gegen die Unabhängigen und die Rechte eine Vertrauensklärung für die Regierung an. Das Haus trat dann in die Beratung des Antrages des Geschäftsordnungsausschusses zur Genehmigung der Einleitung und Durchführung des Strafverfahrens sowie der Verhaftung des Abgeordneten v. Kessel ein.

Die Gewerkschaften gegen den Generalstreik.

Ueber die Stellungnahme der Arbeiterchaft zu den Vorgängen im Kulturgebiet erfahren wir von gutunterrichteter Seite: Die Gewerkschaften lehnen es ab, die Vollversammlung der „revolutionären Betriebsräte“ als Organisation anzuerkennen. Sollte die Verammlung der Betriebsräte, die gestern den Generalstreik nach Bekanntwerden des Kabinettsbeschlusses zunächst ablehnte, ihn in der heute mittag in der Böhmen-Brauerei stattfindenden **Entscheidungsversammlung** doch proklamieren, so ist bereits jetzt mit Sicherheit zu sagen, daß es nur zu kleinen Teilstreiks kommen würde. Fest steht, daß die **Eisenbahner nicht in den Streik** treten würden, wenn nicht die berufliche Stelle, die Generalkommission der Gewerkschaften, hierzu auffordert; ebenso sind bei den Straßenbahnen Widerstände zu erwarten.

Abtransport der Marinebrigade Ehrhardt nach Loddstedt?

Wie wir vor einigen Tagen mitteilten, hatten die Eisenbahner des Direktionsbezirks Altona den Weitertransport der Marinebrigade Ehrhardt nach dem Loddstedter Lager verweigert, so daß einige Abteilungen der Brigade genötigt waren, nach Lübeck zurückzufahren. Wie wir erfahren, haben sich jetzt aber die Vertreter der Altonaer Eisenbahner in Verhandlungen zur Vornahme des Transports einverstanden erklärt. Morgen sollen deshalb die Transporte wieder aufgenommen werden. Es handelt sich um etwa drei- bis vierhundert Mann, die nach Loddstedt gebracht und dort demobilisiert werden.

Wie eine Berliner Korrespondenz erzählt, hatten auch die Eisenbahner in Lübeck und auf dem Verdrichsbahnhof Wulfermarkt zunächst jede Arbeit für die Brigade verweigert. Die Betriebsräte der Wulfermarkt teilten Kapitän Ehrhardt mit, daß in Verhandlungen der Eisenbahner beschlossen worden ist, für die Brigade keine Arbeit zu leisten.

Vertrauensvotum für die preussische Staatsregierung.

Die Mehrheitsparteien haben in der preussischen Landesversammlung die Annahme folgender Entschließung beantragt:

„Die verfassunggebende preussische Landesversammlung nimmt Kenntnis von den Erklärungen der Regierung. Sie erklärt ihr Unverständnis damit und spricht der Regierung das Vertrauen aus.“

Herrn v. Wangenheims Rolle.

Der „Landwirtschaftsminister“ von Rapps Baden.

Eine eigentümliche Rolle hat bei dem Rappischen Hochverratsuntersuchen auch der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim auf Klein-Spiegel in Pommern, gespielt. Pommern hat ja, wie man weiß, bei dem Ruffe eine besondere Rolle gespielt.

Eine Zuschrift des Abgeordneten Düringer.

Wir erhalten die folgende Zuschrift: Sehr geehrte Redaktion! In Ihrem Parlamentsbericht vom 30. März (Abendausgabe) ist behauptet, ich hätte gesagt, die Mutter Rapps sei eine Jüdin.

Wir behaupten den Irrtum der Parlaments-Korrespondenz, der mir unseren Bericht über die Rede Düringers entnommen hatten. Es ist uns wohl bekannt, daß Rapps Mutter keine Jüdin, vielmehr die Tochter eines preussischen Generals aus einem rheinischen Garnisonort war.

Der Reichskommissar für die Aufbaubarbeiten im zerstörten Gebiet. Dr. Hilgens, hat, wie wir an zufälliger Stelle erfahren, seinen Urlaub erbeten und erhalten.

Vorkühling in Jschl.

Von Alfred Polgar.

Jschl, eine Anordnung von Häusern, Bergen, Felsen, Gewässern rund um den Zuberbäder Zauner, bewohnt die Jschler, eine freundliche Menschenangattung, die teils von Sommergästen, teils von stolzen Einheimischen lebt.

Jschl war dreimal séjour. Jetzt ist es nur mehr Kurort. Die Jschler tragen die Erinnerung ihres Städtchens mit Würde. Doch können sie nicht ohne Behmut davon sprechen, wie es einst gewesen.

Über dieselbe findt das Sogelgeliebte des empfindlichen Wanderers, dessen Fuß auf Schritt und Tritt in dem dicit alter Jschler Erde gesponnenes Reich imperialer Erinnerungen sich verfangt.

Auf den Waldwegen laut Schnee. Ueber Pfähen, von graupligem Eis langsam herab, fällt immer wieder frisches Weiß.

Noch keine Entspannung im Ruhrgebiet.

Der Ausstand in Essen.

Agitation für den Generalstreik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

In Essen können seit gestern Post, Telegraph und Telefon, die gestern den ganzen Tag aber ebenfalls den Betrieb eingestellt hatten, wieder benutzt werden. Dagegen ruht der Eisenbahnverkehr noch; die Bahnhöfe bleiben geschlossen.

Der Zentralrat erläßt eine Anordnung, worin er die Firma Krupp verpflichtet, heute die fälligen Löhne auszugeben. Falls die Verleistung die Zahlung nicht leistet, werde der Zentralrat sie für die Folgen verantwortlich machen.

Ueber die Lage im Ruhrgebiet liegen heute aus Düsseldorf folgende Meldungen vor: Gestern Abend wurde in Gegend Dinslaken noch gestreift, auch mit Artillerie. In Düsseldorf und in Dinslaken wurden Flugblätter verteilt, die auffordern, zur Roten Armee zurückzutreten.

Der „Temps“ und die Lage im Ruhrgebiet.

Paris, 30. März. (W. L. W.)

In seinem heutigen Leitartikel beschäftigt sich der „Temps“ mit der Lage im Ruhrgebiet. Er stellt fest, daß die französische Regierung mit dem deutschen Geschäftsträger Dr. Mayer die wichtigsten Verbindungen unterhalte.

Stamm, von dem man denken und fagen möchte, er werde „wichtig stehen“, liegt querüberweg. Ungeheure klumpige Stöße Gredrechs hat sein Sturz dem Boden entrauft.

Das neue Amphitheater der Kapelle der St. Sapper findet unter Leitung des Kapellmeisters F. J. Angler am 2. April, abends 7 1/2 Uhr, im Opernhaus statt.

gegen, daß der Kanzler behauptet habe, Frankreich hätte nicht nach Gerechtigkeit gehandelt. Die französische Regierung sei nicht bei ihrem Recht geblieben.

Die Pariser Morgenblätter veröffentlichten ein Telegramm von Wilson, in dem er sich für die Beilegung des Ruhrreviers durch die deutschen Truppen und gegen jede Ausdehnung des besetzten Gebietes durch die Alliierten in Deutschland erklärt.

Ein Hüter aus Duisburg.

Die Reichsregierung hat aus Duisburg das nachstehende Telegramm bekommen: Die Lage in Duisburg hat sich so zugespitzt, daß die Ordnung nur durch umgehendes Eingreifen der Reichswehr wiederhergestellt werden kann.

Gefährdete Kohlenzufuhr nach Hamburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Kohlenlage in Hamburg ist durch die vermehrten Verhältnisse in Rheinland-Westfalen in den letzten Tagen immer enger geworden. Durch die Streikbewegung und die Eisenbahnverkehrslosigkeit in den Bezirken Essen und Münster sind hier die Kohlenzufuhren so knapp geworden, daß sie den Bedarf nicht decken können.

Anschluß Lippes an Preußen?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Das Landesparlament hat beschlossen, an das preussische Ministerium wegen der Einleitung von Verhandlungen über die Möglichkeit der politischen Angleichung Lippes an preussische Gebietsteile heranzutreten.

Die Freiheit ist äußerst aufgebracht darüber, daß wir die Bemerkung des Herrn v. Gerlach, daß Württemberg habe bei der Abwehr des Russen „nicht ober fast gar nichts“ die Arbeiterschaft übermäßigem Grobes geteilt, als unredigiert — somit wenigstens der erste Teil des Satzes in Frage kommt.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist von seinem Präsidenten Dr. Freiherrn v. Schoeller-Görler zu seiner 48. Plenarversammlung auf den 20. und 21. April nach Berlin einberufen.

Zum Oberbürgermeister der Stadt Weimar, als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden bisherigen langjährigen Stelleninhabers Dr. Donndorf, wurde, einem Privat-Telegramm zufolge, nach mehrmaliger Wahlung der Wählergenossenschaft Dr. Müller mit großer Majorität gewählt.

Freilassung der in der Mantuffelstraße Verhafteten.

Die am Morgen des 22. März in der Mantuffelstraße verhafteten neun Personen sind aus dem Berliner Polizeipräsidium, in dem sie nach ihrer Rückkehr aus Döberitz untergebracht waren, entlassen worden.

Flugverbot Berlin-Bremen. Vom Bremer Verein für Luftfahrt ist eine große Flugzeughalle auf dem Bremer Grergerplatz eingerichtet worden; sie wird am Osterfesttag eingeweiht und dem Verkehr übergeben werden.

Berliner Börse.

Vorwiegend fest bei ruhigem Geschäft.

Infolge der ruhigeren Auffassung der Lage im Ruhrgebiet eröffnete die heutige Börsenhaltung. Doch waren angesichts der kommenden fünf Börsentage die Umsätze allgemein wenig belangreich. Am Montanmarkt wurden Deutsch-Luxemburger 90 pCt., die Aktien des Stahlwerks Hoehew 12 pCt. und die des Phönix um ca. 30 pCt. höher. Dagegen stellten sich die Aktien der Mannesmannwerke sowie verschiedene oberelsächsische Werte im Kurs niedriger. Schiffahrtsaktien erzielten vorwiegend neue Kurssteigerungen, vor allem die der Hapag (+84%). Die Aktien der Argo-Ges. waren um 28 pCt. abgeschwächt. Anilinwerte waren nicht prädestiniert. Die Aktien der Badischen Anilinfabrik vertieften sich. Die Aktien der Süssde-Phosphat-Ges. zogen um 300 pCt. an, fester Altge. Die Aktien der Südde-Phosphat-Ges. zogen um 300 pCt. an, fester Altge. Die Aktien der Südde-Phosphat-Ges. zogen um 300 pCt. an, fester Altge.

In weiteren Verlauf der Börse blieb die Haltung auf den Hauptmarktgebieten fest bei allerdings geringen Umsätzen.

Papiere mit fortlaufend notierten Kursen.

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including titles like '30 S. Sch.', '30 S. Anl.', '30 S. St.', etc.

Carl Berg 15, Charlott. Wasser 8, Silesia Eisen 5, Riebeck Montan 14, Langendorfer 82, Hilgers 105, Gundlach 20, A.-G. E. Büchsen 9, Zingel 18, Bendix 4, Kraft 5, Wanderer Werke 8, Barz u. Co. 5, Wittener Glas 5.

Table titled 'Devisen' showing exchange rates for various countries like Holland, Dänemark, Schweden, etc.

Nach der Börse vorliegenden Privatmeldungen wurde heute die Mark in Holland um 3/16, in Zürich mit 7/8, in Kopenhagen mit 1/10 und in Stockholm mit 6/5 bewertet.

Amsterdam, 30. März. (W.T.B.) Wechsel auf Berlin 3.78 1/2 (Kurs v. 29: 3.70).

Kopenhagen, 30. März. (W.T.B.) Sichtwechsel auf Hamburg 8.00 (Kurs v. 29: 7.65).

Stockholm, 30. März. (W.T.B.) Sichtwechsel auf Berlin 6.65 (Kurs v. 29: 6.35).

Berliner Produktenverkehr. Die bevorstehende fünfjährige Unterbrechung des Börsenverkehrs hat die ohnehin geringe wesentliche Unternehmenseinstellung im Produktionssektor...

Eisenhüttenwerk Marienhütte bei Ketzenu. Die Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Kapitals um 1.6 auf bis zu 64 Mill. M. Die neuen vom 1. April 1920 ab gewinnberechtigten Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank zu 130 übernommen...

Th. Goldschmidt Akt.-Ges. in Essen. Der vorletzte Jahresabschluss erbrachte 630 1/2 Mill. M. (V. 1 388 178 Mill. M.) Abschreibungen einen Überschuss von 2 157 788 M. (2 119 172), wovon wieder 12 pCt. Dividende gezahlt und 45 891 M. (37 278) vorgezogen werden.

Nachzahlung rückständiger Prämien bei ausländischen Lebensversicherungen. Herr Rechtsanwalt Dr. Max Bonnem, Direktor des Schutzverbandes für deutsche Auslandsforderungen...

Reichs-Industrie- und Handelsministerium. In der am 27. März abgehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, das Aktienkapital um 6 auf 12 Mill. M. zu erhöhen...

Chemische Fabrik von Heyden Akt.-Ges. In der Generalversammlung wurde der Abschluss einstimmig genehmigt. Ueber die Ergebnisse wurde von der Verwaltung mitgeteilt...

Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12 pCt. fest. Neu in der Aufsichtsrat wurde Herr Prof. Dr. F. Förster in den Verwaltungsrat...

Reiss & Martin Akt.-Ges. In der am 27. März abgehaltenen Generalversammlung setzte die Dividende auf 25 pCt. fest und wählte neu in den Aufsichtsrat Justizrat Schachian...

Deutscher Eisenhandelsverband. Die Generalversammlung beschloss die Ausschüttung von 15 pCt. Dividende und 5 pCt. Bonus (wie i. V.) und die Verdoppelung des Aktienkapitals um 3 Mill. M. auf 6 Mill. M.

Weiterer Preisrückgang am Hüttenmarkt. Zum Angebot kamen am gestrigen Tage von der Berliner Hüttenauktion 22 143 Tonn. 13 842 Schauf. 4084 Zinsen-3008 diverse Feilsche...

Dividenden und Abschlüsse. Deutscher Eisenhandels Akt.-Ges.: 15 pCt. (10 pCt. und 10 pCt. Bonus) nach Bildung eines besonderen Arbeiter- und Angestelltenunterstützungsfonds von 1 Mill. M.

Kaliber Friedrichshall Akt.-Ges. Uebereschuss 1 271 249 M. (1 201 849). Dividende 10 pCt. (wie i. V.). Die Verwaltung wird demnächst die Geschäftsaussichten als günstig bezeichnet werden können.

Artenbergische Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Die Generalversammlung hat heute die sofort zahlbare Dividende auf 15 pCt. fest und beschloss, das Aktienkapital um 7.2 auf 21.6 Mill. M. zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung erfolgt nach den Ausführungen der Verwaltung hauptsächlich zur Beschaffung von Mitteln für die Vergrößerung der Kohlenflotte der Gesellschaft...

Eine amerikanische Akt.-Ges. Der Präsident der American Steamship Association, Reymond, richtet scharfe Angriffe gegen den Plan des Shipping Boards mit der Hamburg-Amerika-Linie, ein gemeinsames Schifffahrtsunternehmen zu errichten...

Eisenhüttenwerk Marienhütte bei Ketzenu. Die Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Kapitals um 1.6 auf bis zu 64 Mill. M. Die neuen vom 1. April 1920 ab gewinnberechtigten Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank...

Th. Goldschmidt Akt.-Ges. in Essen. Der vorletzte Jahresabschluss erbrachte 630 1/2 Mill. M. (V. 1 388 178 Mill. M.) Abschreibungen einen Überschuss von 2 157 788 M. (2 119 172), wovon wieder 12 pCt. Dividende gezahlt und 45 891 M. (37 278) vorgezogen werden.

Nachzahlung rückständiger Prämien bei ausländischen Lebensversicherungen. Herr Rechtsanwalt Dr. Max Bonnem, Direktor des Schutzverbandes für deutsche Auslandsforderungen...

Reichs-Industrie- und Handelsministerium. In der am 27. März abgehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, das Aktienkapital um 6 auf 12 Mill. M. zu erhöhen...

Chemische Fabrik von Heyden Akt.-Ges. In der Generalversammlung wurde der Abschluss einstimmig genehmigt. Ueber die Ergebnisse wurde von der Verwaltung mitgeteilt...

Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12 pCt. fest. Neu in der Aufsichtsrat wurde Herr Prof. Dr. F. Förster in den Verwaltungsrat...

Reiss & Martin Akt.-Ges. In der am 27. März abgehaltenen Generalversammlung setzte die Dividende auf 25 pCt. fest und wählte neu in den Aufsichtsrat Justizrat Schachian...

Deutscher Eisenhandelsverband. Die Generalversammlung beschloss die Ausschüttung von 15 pCt. Dividende und 5 pCt. Bonus (wie i. V.) und die Verdoppelung des Aktienkapitals um 3 Mill. M. auf 6 Mill. M.

Weiterer Preisrückgang am Hüttenmarkt. Zum Angebot kamen am gestrigen Tage von der Berliner Hüttenauktion 22 143 Tonn. 13 842 Schauf. 4084 Zinsen-3008 diverse Feilsche...

Dividenden und Abschlüsse. Deutscher Eisenhandels Akt.-Ges.: 15 pCt. (10 pCt. und 10 pCt. Bonus) nach Bildung eines besonderen Arbeiter- und Angestelltenunterstützungsfonds von 1 Mill. M.

Kaliber Friedrichshall Akt.-Ges. Uebereschuss 1 271 249 M. (1 201 849). Dividende 10 pCt. (wie i. V.). Die Verwaltung wird demnächst die Geschäftsaussichten als günstig bezeichnet werden können.

F. Gundlach Akt.-Ges.: wieder 12 pCt. und Kapitalerhöhung um 700 000 M. auf 3 Mill. M. Potsdamer Credit-Bank: 8 pCt. (7). Es wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 1/2 auf 5 Mill. M. vorgeschlagen.

Steuern und Zölle. Bericht über die Steuer- und Zölleverwaltung...

